

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

10.2.1928 (No. 35)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. u. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Massenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25 auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25 auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Ein Brief des Reichspräsidenten zur Koalitionsfrage

W.B. Berlin, 10. Febr. Die „Kölnische Volkszeitung“ berichtet aus Berlin, daß Reichspräsident v. Hindenburg an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet habe, in dem er darauf hinweist, daß die Regierungskoalition zur Lösung bestimmter Aufgaben gebildet worden ist, und daß es wünschenswert wäre, wenn diese Probleme noch vor der Auflösung des Reichstages erledigt werden könnten. Die „Kölnische Volkszeitung“ fügt hinzu, daß der Brief, der vielleicht entscheidend auf den Gang der Verhandlungen über das Reichsschulgesetz werden würde, wohl noch in seinem Wortlaut der Öffentlichkeit übergeben und ohne Zweifel Gegenstand eines lebhaften Gedankenaustausches werden dürfte.

Wie wir hierzu von unterrichteter Seite erfahren, ist die Tatsache eines Briefes des Reichspräsidenten an den Reichskanzler richtig, ebenso ist der Sinn des Briefes in der Information der „Kölnischen Volkszeitung“ zutreffend wiedergegeben. Der Grund des Briefes dürfte darin liegen, daß der Reichspräsident ein plötzliches Auseinandergehen der Reichstagesparteien vermeiden sehen will und von den Regierungsparteien erwartet, daß zunächst der Etat ordnungsmäßig verabschiedet wird, daß ferner die Liquidationsgeschädigten durch die Fertigstellung des Kriegsschadenschulgesetzes vor weiterer Ungewissheit bewahrt werden, daß die Hilfe für die notleidende Landwirtschaft durchgeführt wird und schließlich auch noch die große Aufgabe der Strafrechtsreform in einer Weise gesichert wird, daß die bisherige Arbeit nicht durch Zufälligkeiten in Frage gestellt werden kann. Die Frage, ob der Brief veröffentlicht werden soll, hängt vom Reichskanzler ab. Sicher ist jedenfalls, daß das Schreiben schon für die heutigen wichtigen interfraktionellen Verhandlungen über das Schulgesetz von erheblicher Bedeutung ist.

In dem Brief des Reichspräsidenten teilt uns unser Berliner M-Mitarbeiter noch folgendes mit: Unter den von dem jetzigen Reichstag noch zu verabschiedenden Vorlagen befindet sich auch die Reform des Strafrechts. Nach dem heutigen Stand der Dinge ist es aber ganz unmöglich, diese Gesetznovelle noch durch den jetzigen Reichstag zur Erledigung zu bringen, denn von den 400 Paragraphen sind erst 100 im Strafrechtsausschuß durchberaten worden. Man ist in parlamentarischen Kreisen davon überzeugt, daß mindestens zwei Jahre nötig sind, um diese Vorarbeiten erledigen zu können. Es kann sich jetzt nur darum handeln, durch gesetzgeberische Maßnahmen zu verhindern, daß die bis jetzt geleistete Arbeit nicht vergebens gewesen ist. Das dürfte in der Weise geschehen, daß der Reichstag durch einen Beschluß die Kommission ermächtigt, auch während des Wahlkampfes weiter zu beraten und daß im neuen Reichstag die Arbeiten so fortgesetzt werden, als ob der alte noch vorhanden wäre. Das ist verfassungsmäßig zulässig.

Die Wirkung des Briefes des Reichspräsidenten selbst läßt sich im Augenblick noch nicht ganz übersehen. Das Zentrum, das gestern seine Fraktionsführung abbrach wegen einer gesellschaftlichen Veranstaltung, die sehr erwünscht kam, wollte heute vormittag eine neue Sitzung abhalten, die aber wieder auf 1/2 Uhr nachmittags verschoben wurde. Da das Plenum des Reichstages schon am 2. Uhr beginnt, so dürfte es unmöglich sein, daß in dieser kurzen Zeit in der Zentrumsfraktion Beschlüsse gefaßt werden. Soweit man die Dinge aber übersehen kann, wird der Reichstag dem Wunsch des Reichspräsidenten bis zu einem gewissen Grade zweifellos nachgeben und zunächst sich damit begnügen, die Koalition als gelöst zu bezeichnen. Er wird seine Arbeiten fortsetzen. Ob es sich auch um eine hinausgezögerte Wahl über den 1. April handelt, läßt sich nicht sagen. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Parteien ihre Minister sehr bald aus dem Kabinett zurückziehen werden.

Die Deutschnationalen und das Reichsschulgesetz

W.B. Berlin, 10. Febr. Die deutschnationale Pressestelle teilt mit: Die Deutschnationale Volkspartei hält nach wie vor die Erledigung des Reichsschulgesetzes nicht nur für politisch notwendig, sondern die Beseitigung der Differenzpunkte für durchaus möglich. Einem Ausschub der Entscheidungen werden die Deutschnationalen nicht zustimmen. Graf Westarp wird auch in dieser Woche den interfraktionellen Ausschub der Regierungsparteien des Reichstages einberufen, um eine endgültige Klärung herbeizuführen.

Vertrauensvotum für die Regierung Poincaré. Die Kammer hat gestern nach einer Aussprache über die fünf vorliegenden Tagesordnungen die bereits gemeldete Vertrauensfrage abgelehnt. Die radikalen Linken, Fraktion Louchet, in der der Regierung für ihre Finanzpolitik das Vertrauen ausgesprochen wird, mit 370 gegen 131 Stimmen angenommen.

Letzte Nachrichten

Die Hilfe für die Landwirtschaft

M. Berlin, 10. Febr. (Priv.-Tel.) Die neuen Pläne der Preußenkasse bestehen darin, ein Viertel der kurzfristigen Personalkredite für landwirtschaftliche Betriebe auf Verlustkonto abzuschreiben und die restlichen Dreiviertel für zweite Hypotheken zu fundieren. Dabei soll scharf unterschieden werden zwischen den rentablen und unrentablen Betrieben. Letztere will man fallen lassen. Ferner will man noch eine Aufnahmeorganisation schaffen zur Regulierung des Gütermarktes. Bei der geplanten Kapitalerhöhung, die selbstverständlich Voransetzung bildet, soll Preußen angeblich 100 Millionen und das Reich 50 Millionen bewilligen. Gedacht ist auch an eine Beteiligung der Rentenbank und der Länder.

Die französische Zollnovelle

M. Berlin, 10. Febr. (Priv.-Tel.) Die französische Zollnovelle ist gestern in der Kammer zur Verteilung gekommen. Der Vorlage ist eine Reihe von Kommentaren beigefügt. Die Novelle stellt die Verwirklichung des Dekrets von 1927 dar mit Erhöhung der Zollsätze für Getreide, Fleisch, Vieh usw. Außerdem sollen die Industriezölle revidiert werden. Das Abkommen mit Deutschland gewährt nur für einen Teil der Erzeugnisse den französischen Minimaltarif, für die anderen den Zwischenstarif mit etwa vierfacher Erhöhung der vor dem Kriege geltenden Zollsätze. Da Deutschland aber im Dezember d. J. automatisch in den Genuß des ganzen Minimaltarifs kommt, würde nach der Erklärung des Ministeriums die französische Industrie durch die deutsche Konkurrenz stärkste Verluste erleiden.

„Daily Mail“ zu dem deutschen Einspruch gegen den Cavell-Film

W.B. London, 10. Febr. Unter der Überschrift: „Der britische Kurs Cavell-Film. Ein Versuch, ihn aufzuhalten.“ Der deutsche Protest hat Erfolg. Seltsame Aktion „unseres Foreign Office“, veröffentlicht heute „Daily Mail“ in großer Aufmachung einen Artikel ihres politischen Mitarbeiters, in dem es heißt:

Das britische Foreign Office hat einen außerordentlichen Schritt unternommen. Die deutsche Regierung hat seit beträchtlicher Zeit gegen die Vorführung des britischen Kurses Cavell-Films Einspruch erhoben. Die Proteste der deutschen Regierung haben Erfolg gehabt, und unser Foreign Office hat der britischen Direktion der Filmgenossen mitgeteilt, daß große Verstimmung durch die öffentliche Vorführung des Films in der Gestalt, die ihm vermutlich gegeben würde, erzeugt werden würde. Nach dem Wlatte ist die Direktion der Filmgenossen nicht verpflichtet, Befehlen der Regierung anzunehmen. Aber selbst wenn die Regierung es ablehnt, den Film zuzulassen, sei eine Vorführung in einigen Theatern und Sichtspielhäusern immer noch möglich.

Dem Korrespondenten zufolge erklärte der Vorsitzende der Filmgenossen, das Parlamentsmitglied O'Connor, ohne zuzugeben, daß er irgendeine Anregung dieser Art von Seiten der britischen Regierung erhalten habe: „Gäbe es irgendeinen Zweifel wegen der Zweckmäßigkeit der Billigung eines Films vom Standpunkt des nationalen Interesses, so würde ich nicht zögern, die zuständige Regierungsbehörde zu Rate zu ziehen.“ Der Berichterstatter der „Daily Mail“ betont, die Deutschen erhöhen nicht gegen einzelne Teile des Films Einspruch, sie seien vielmehr der Ansicht, daß der Fall der Kurfürstin Cavell für einen Film nicht geeignet sei, da er Regungen des Hasses wiedererwecken und die deutsch-englischen Beziehungen beeinträchtigen könnte.

Nach einer Veröffentlichung der „Times“ vertreten die Vereinigung der Mütter und der Nationalrat der Frauen in England den Standpunkt, daß die Vorführung des Cavell-Films unerwünscht und den Verwandten von Wif Cavell äußerst zuwider sei.

Die Schiedsverträge mit den Vereinigten Staaten

W.B. London, 10. Febr. „Times“ meldet aus Washington: Einige Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses sprachen in privaten Unterredungen die Überzeugung aus, daß der neue Schiedsvertrag zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten ohne Veränderung ratifiziert werden wird. Der von den Vereinigten Staaten Großbritannien unterbreitete Entwurf für einen Schiedsvertrag enthält nicht den Vorbehalt der Verpflichtungen auf Grund der Völkerechtsabmachung, der auf Wunsch der französischen Regierung in den französisch-amerikanischen Vertrag aufgenommen wurde. Wenn er in den Vertrag mit England eingeschlossen werden sollte, so geschähe dies nur, weil die englische Regierung ein Ersuchen in diesem Sinne stellt.

Dem Berichterstatter der „Times“ zufolge läßt das Staatsdepartement vernehmen, daß Kellogg bald die Erörterungen mit Frankreich in der Frage eines Vertrages wieder aufnehmen werde, der den Wunsch der Großmächte bekräftigen würde, auf Krieg als Werkzeug der Politik zu verzichten.

Europas Verschuldung an Amerika und unter einander

Von Dr. Klaus Buchmann, Berlin

Deutschlands Reparationsschulden wurden Anfang 1921 in London von den Siegermächten auf 132 Milliarden Goldmark, zuzüglich 5,6 Milliarden belgische Kriegsschulden festgesetzt. Diese Summe ist ja durch den Dawesplan von 1924, der ja nur eine Zwischenlösung des Reparationsproblems bedeutete, noch nicht aufgehoben, doch glaubt heute wohl in der ganzen Welt niemand mehr an ihre Einbringlichkeit und Aufrechterhaltung. Kapitalisiert man aber die Deutschland auferlegten Daweszahlungen, die von 1928/29 an 2 1/2 Milliarden jährlich betragen sollen, so ergibt sich eine noch zu tilgende deutsche Kriegsschuld von 50 Milliarden Reichsmark, zuzüglich Zinsen, nachdem Deutschland durch Erfüllung der ihm im Waffenstillstands- und Friedensverträge auferlegten sonstigen Leistungen, ganz abgesehen von den Gebietsabtretungen, auch schon vor Annahme des Dawesplanes ca. 50 Milliarden Reichsmark bezahlt hatte.

Österreich erhielt 1923 auf dem Wege über den Völkerbund eine Anleihe in Höhe von 540 Millionen Reichsmark, die vor allem von England, Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei garantiert wurde.

Auf Grund der oben skizzierten Kriegsschuldenabkommen würden also im Laufe von 62 Jahren zu zahlen haben: Deutschland 50 Milliarden zuzüglich Zinsen, und einschl. Zinsen Großbritannien 44, Frankreich 44,3, Italien 15,1 Milliarden Reichsmark. Die tatsächliche Verschuldung dieser Staaten ist jedoch, zuzüglich ihrer sonstigen Auslands- und der Inlandschulden, viel, viel höher. So sind Großbritanniens Totalschulden von 14,4 Milliarden vor dem Kriege auf heute 150 Milliarden Reichsmark (davon 128 Milliarden innere Schulden) gestiegen, diejenigen Frankreichs von 27,5 auf 75,2, diejenigen Italiens von 16 auf 31 Milliarden Reichsmark. Deutschland hat in den letzten drei Jahren etwa 10 Milliarden Reichsmark Auslandskredite aufnehmen müssen; dazu kommen noch die inneren Schulden und die Einbußen des deutschen Volkvermögens dadurch, daß für verschiedene Milliarden Aktien, Obligationen, stille Beteiligungen, Grundstücke usw. heute in den Händen des Auslandes sich befinden. Zusammen aber liegt offen zutage, daß auch die finanzielle Lage Großbritanniens, Frankreichs und Italiens äußerst schwierig geworden ist, und man kann schließlich verstehen, wenn unter diesen Umständen Frankreich sich einer Herabsetzung der deutschen Reparationszahlungen vorerst noch widersetzt, Großbritannien aber eine solche davon abhängig macht, daß gleichzeitig Amerika seinen vormaligen Assoziierten die Kriegsschulden ganz oder wenigstens zu einem entsprechenden Teil erläßt. An dahingehenden, nachdrücklich begründeten Anregungen in Washington, die teils aus England, teils aus Amerika selbst kamen, hat es die letzten Jahre nicht gefehlt. Doch bis jetzt verhält sich die amerikanische Regierung durchaus ablehnend. Sie steht anscheinend immer noch auf dem Standpunkte, den Schatzsekretär Mellon vergangener März bei Beantwortung eines Pronunziamentos der Universitäten Columbia in New York und Princeton in New Jersey, zugunsten größeren Entgegenkommens gegenüber den europäischen Kriegsschuldnern vertreten hat. Mellon widersprach der Auffassung, daß die Vorschläge, die die Vereinigten Staaten den Assoziierten im Kriege gewährten, damals nicht als geschäftliche Transaktionen, sondern als Beiträge zu einer gemeinsamen Sache betrachtet worden seien. Dazu betrage der Gegenwart der von den Vereinigten Staaten mit ihren Assoziierten getroffenen Schuldenabkommen, von Großbritannien abgesehen, weniger oder nur ungefähr das, was die Beträge, die allein noch nach dem Waffenstillstand geborgt worden seien, ausmachten.

Tatsache sei auch, daß alle hauptsächlich Schuldner der Vereinigten Staaten schon heute von Deutschland mehr erhielten, als sie zur Bezahlung ihrer Schulden an die Vereinigten Staaten benötigten. Frankreich und Italien erhielten aus derselben Quelle soviel, daß sie außerdem noch ihre Schulden an Großbritannien reichlich bezahlen könnten. Es sei klar, daß, wenn die den Vereinigten Staaten von allen Schuldner zustehenden Beträge herabgesetzt würden und eine entsprechende Herabsetzung der von Deutschland zu leistenden Reparationszahlungen erfolge, der Effekt dieser Änderungen

der sein werde, daß die Reparationslasten von den Schultern der deutschen Steuerzahler genommen und den amerikanischen Steuerzahlern aufgebürdet würden. Sicherlich könnten die Schuldenabkommen in den nächsten paar Jahren keine zu schwere Last werden. In der Zukunft, wenn Frieden herrsche und Innen- und Außenhandel sich entwickelten, sei es wohl keine übertriebene Hoffnung, wenn man erwarte, daß sie sich auch in späteren Jahren als erträglich erweisen werden. Der wichtigste Punkt sei der, daß diese Schulden jetzt geregelt würden. Jetzt sei Gelegenheit, diese Abkommen praktisch, nicht bloß theoretisch auszuprobieren. Eine Wiederaufrholung der ganzen Schuldenfrage würde im gegenwärtigen Zeitpunkt den seit der Regelung erzielten Fortschritt mehr behindern, als durch schließliche unbedeutende Änderungen gewonnen werden könnte. Hiernach ist also bis auf weiteres mit einer grundlegenden Änderung des gegenwärtigen Standes der Kriegsschuldenpolitik Amerikas und infolgedessen auch Europas wohl nicht zu rechnen, das Problem der Kriegskostenzahlung harret heute, neun Jahre nach Kriegsende, noch immer der endgültigen und befriedigenden Lösung. Und doch wäre es, wie auch Dr. Wingen im Schlußwort seines oben erwähnten Büchleins unterstreicht, verfehlt, die große Entwicklung des Problems nach der Seite seiner technischen Ausgestaltung sowie hinsichtlich der Mentalität der Beteiligten zu verkennen. Diese Entwicklung bedarf einer gewissen Zeit des Ausreifens; und die Räte Europas werden schon das Ihrige dazu beitragen, sie in beschleunigtem Tempo zu einem guten Ende gelangen zu lassen.

Ende der Reichstagsberatungen über das Mieterschutzgesetz

Der Reichstag setzte heute die zweite Beratung des Gesetzes zur Änderung des Mieterschutzgesetzes und die Abänderung des Reichsmietengesetzes in der Einzelberatung fort. In der Einzelberatung der zweiten Lesung der Novelle zum Mieterschutzgesetz wird der Antrag der Sozialdemokraten, den § 1 des Mieterschutzgesetzes in seiner bisherigen Form bestehen zu lassen, der die Aufhebungslage, aber kein Kündigungsverfahren vorsieht, in namentlicher Abstimmung mit 169 gegen 143 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten, Volkischen und Nationalsozialisten abgelehnt. Auch kommunistische Abänderungsanträge zu § 1 werden abgelehnt, desgleichen kommunistische und sozialdemokratische Anträge zu den übrigen Paragraphen der Vorlage.

Die erste Hälfte des Gesetzentwurfes, die das Kündigungsverfahren an Stelle der Aufhebungslage einführen will, wird in zweiter Lesung in der Ausschussfassung angenommen.

Weitere Abänderungsanträge der Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und der Wirtschaftspartei werden abgelehnt.

Angenommen wird die von den Regierungsparteien beantragte Zulässigkeit der Kündigung von Werkwohnungen unter gewissen Sicherungen, zu denen eine Mitwirkung des Betriebsrates gehört. Dafür stimmen nur die vier Koalitionsparteien und die Wirtschaftspartei.

Auf gemeinsamen Antrag wird beschlossen, daß die Novelle am 1. April 1928 in Kraft tritt und bis dahin die bisherige Fassung des Gesetzes gilt. Im übrigen bleibt es bei der Ausschussvorlage.

Nachdem der Entwurf auch in dritter Lesung erledigt ist, wird die Schlussabstimmung für Freitag 18 Uhr in Aussicht genommen.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 14 Uhr: Reichsmietengesetz, Etat des Reichsarbeitsministeriums, Abstimmung über Mieterschutznovelle. Schluß nach 16 1/2 Uhr.

Der preußische Innenminister über den neuen Staat

Im Rahmen einer vom Reichsbanner veranstalteten Vortragsreihe in Kiel sprach Innenminister Greiffenberg über das Thema „Der neue Staat“. Der Minister führte u. a. aus: Wir müssen feststellen, daß im neuen Staat die Bürokratie mächtiger ist denn je. Noch so gute Gesetze nützen wenig oder nichts, wenn die Ausführung durch die Verwaltungsorgane schlecht oder säumig geschieht. Der Kampf um die Verwaltung, um die Demokratisierung der Verwaltung, ist heute noch in vollem Gange und muß durchgeführt werden gegen den Widerspruch der Opposition und gegen die mangelnde Einsicht mancher Republikaner, denn die Personalpolitik ist für die Eroberung der politischen Verwaltung von entscheidender Bedeutung. Heute sind viele studentische Verbindungen eine Pflegsstätte reaktionären Geistes, aber das Monopol der Korps auf die Verwaltungslaufbahn ist durchbrochen.

Mit Bezug auf die Länderkonferenz erklärte der Minister: Selbst bei wohlwollender Beurteilung dieser Konferenz kann man nicht behaupten, daß ihr Ergebnis irgendwie lohnend genannt zu werden verdient. Ich bin Anhänger des Einheitsstaates, aber ich überschätze nicht seine Bedeutung für das deutsche Staatsleben, wie das vielfach geschieht. Vor allem halte ich es für eine groteske Idee, die Einheit damit beginnen zu lassen, das größte Land im Deutschen Reich, Preußen, zunächst zu zerstückeln und in viele neue selbständige Bezirke aufzuteilen.

Der Minister wandte sich sodann der Frage der Verwaltungsreform zu und sagte: Eine Reform in Richtung einer Vereinfachung der Verwaltung sei dringend nötig. In dieser Beziehung sei die preußische Regierung nicht untätig gewesen.

Reichsratsbeschlüsse. Die öffentliche Vollstreckung des Reichsrates genehmigte eine Verordnung über die Wahrung der Renten der Invaliden- und Angehörtenversicherung an belgischen Grenzgebieten und ferner eine Verordnung über Abfindung für Unfallrenten. Die Reichsversicherungsordnung gibt dem Arbeitsminister die Möglichkeit, Kapitalabfindungen an Verletzte zum Erwerb von Grundbesitz oder zur Verstärkung bereits vorhandenen eigenen Grundbesitzes zuzulassen. In der jetzt genehmigten Verordnung macht der Arbeitsminister von dieser Forderung Gebrauch. Die Verordnung lehnt sich an das Versorgungsrecht an. Die Kapitalabfindung ist nur zulässig, um den Verletzten die Möglichkeit zu geben, sich auf eigener Scholle ansässig zu machen oder zu erhalten. Ein Rechtsanspruch wird nicht eingeräumt.

Politische Neuigkeiten

Beratung des Reichswehrrechts im Haushaltsausschuss

Im Haushaltsausschuss gab heute Reichswehrminister Greiner bei der Weiterberatung des Gesetzes über die Programmatische Erklärungen ab. Zur Frage der Tradition der Reichswehr lehnte der Minister alle Aufsehen erregenden Forderungen ab, ebenso alle Wünsche auf etwaige Wiederherstellung vergangener Formen, verlangte dagegen engste Anlehnung an den alten aufopfernden Soldatengeist selbstloser Vaterlandsliebe. Dieser soldatische Geist habe Freund und Feind höchste Achtung eingeflößt, und wir hätten keine Ursache, das, was selbst unsere Feinde respektierten, zu mißachten. Die Minister verlangte auch absolute Achtung der Symbole des Staates. Jede politische Betätigung von Reichswehrgenossen lehnte der Minister ab. Die Reichswehr sei ein Instrument des deutschen Volkes und daher nicht einzelnen Parteien dienstbar. Sie unterstehe lediglich den verfassungsmäßigen Gewalten. Unter anderem sagte der Wehrminister wörtlich: Die Aufgabe der Wehrmacht der Deutschen Republik im Gegensatz zum alten Heer des kaiserlichen Deutschlands ist durch den Versailler Vertrag vorgeschrieben. Wir sind durch den Versailler Vertrag in einer Weise gefesselt, wie es für ein souveränes Volk fast unerträglich ist. Wir sind aber an diese Bestimmungen einmal gebunden. Im Sinne der Kriegsführung der Vergangenheit ist die Verwendung der Reichswehr nicht möglich. Aber wie die Kriegskunst weitergehen wird, wissen wir nicht. Es bleibt nichts übrig, als die Augen offen zu halten und zu beobachten.

Wir werden alles tun, um die Grenzen zu schützen, um in Zeiten politischer Spanne die Neutralität sicherzustellen. Um diese Aufgaben zu erfüllen, muß unser kleines Heer größte Schlagkraft und Manövrierefertigkeit haben. Der hier und da auftauchende Gedanke, daß die Reichswehr ein überflüssiges Instrument wäre, ist ganz abwegig. Wer diesen Gedanken hegt, verkennt die im Wesen der Völker waltenden Kräfte. Ob diese sich später ändern werden, weiß ich noch nicht. Vorläufig sieht es nicht danach aus. Deshalb muß auch die Reichswehr ein schlagkräftiges und manövrierefähiges Instrument bleiben. Ich möchte wünschen, daß die Zeit der inneren Gärung abgeschlossen ist und die Reichswehr nie mehr in diese innere Gärung eingzugreifen braucht.

Die Reichswehr muß doch unter allen Umständen bereit sein, und die Sicherheit geben, daß niemand es wagt, an einen Umsturz zu denken. Die Reichswehr ist ein Instrument für die Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung. Deshalb muß auch jedes Glied der Reichswehr ein treuer und zuverlässiger Staatsbürger sein. Wir wollen das Vertrauen der Bevölkerung im weitesten Umfange besitzen. Wir werden dem Staat und seinen Symbolen die größte Achtung und Ehrerbietung entgegenbringen, und ich werde nicht dulden, daß gegen dieses selbstverständliche Gebot verstoßen wird. Die Tradition sehe ich nicht in Außerachtlich, ich verlange von jedem Angehörigen der Reichswehr, daß er die Vergangenheit ehrt, daß er die Taten der Väter und die Ehre des deutschen Volkes auch in der Vergangenheit hochhält. Wir dürfen die Taten dieses glänzenden Kriegsinstrumentes nicht geringer einschätzen als unsere Feinde.

Die pommerische Fememordangelegenheit

Von der Oberstaatsanwaltschaft Stettin wird mitgeteilt, daß alle bisher in der pommerischen Fememordangelegenheit an die Presse gelangten Meldungen nicht von amtlichen Stellen stammen. Man habe bisher absichtlich nichts verbreitet, um die Untersuchung nicht zu gefährden. Jetzt könne jedoch folgendes mitgeteilt werden: Im Jahre 1920 waren auf den Gütern Steglin, Rosenfelde und Liebenow im Kreise Greifenberg mehrere Angehörige der Arbeitsgemeinschaft Hoshack als Arbeiter untergebracht. Unter diesen befand sich auf dem Gute Steglin auch ein gewisser Paul Schmidt. Dieser wurde eines Tages von dem Leutnant a. D. Heine und dem Wieselbüchel Otto, die sich den Wirtsleuten gegenüber als Kriminalbeamte ausgegeben hatten, abgeholt. Er sollte angeblich Geheimnisse der Organisation verraten haben. Noch im Stegliner Quartier wurde er durch einen Hieb über den Kopf unschädlich gemacht und seiner Papiere beraubt. Dann wurde er im Wagen nach Rosenfelde gebracht. Hier wurde er in unmittelbarer Nähe im Walde erledigt werden sollte. Schmidt wurde nach dem Gute Liebenow transportiert und dort in einer Lichtung durch Witschowskische Otos und Heines getötet und eingescharrt. Die Stelle ist der Staatsanwaltschaft genau bekannt. Als aber in den Dörfern des Kreises Greifenberg bald Gerüchte von dem Morde umliefen, wurde in einer Versammlung der Hoshackarbeitsgemeinschaft in Byritz beschloffen, die Leiche wieder auszugraben und an einer anderen Stelle zu verscharren. Die Leiche wurde von den Beauftragten wegen des schlechten Geruchs mit Petroleum begossen, in eine Decke gewickelt und von neuem vergraben. Außer Otto und Heine befinden sich bisher sieben Personen in Haft. Man nimmt an, daß die Verhandlung gegen die Beschuldigten im Laufe des Monats März stattfinden wird. Die genauen Personalien des Ermordeten sind bisher noch nicht bekannt.

U-Bootfrage und Rheinlandräumung im englischen Unterhaus

Im Unterhaus antwortete Unterstaatssekretär Loder-Lampson auf eine Frage, die sich auf Kelloggs Erklärung hinsichtlich der Abschaffung der Unterseeboote bezog, und erklärte, der Standpunkt der britischen Regierung zugunsten einer allgemeinen Abschaffung der Unterseeboote sei bereits auf der Konferenz in Washington 1921 dargelegt und auf der letzten Marineabrüstungskonferenz in Genf erneut vertreten worden. Die wichtigste Vorbedingung sei, daß die Abschaffung allgemein erfolge. Auf eine weitere Frage, ob bereits vorbereitende Schritte getan seien, um mit den Vereinigten Staaten über diese Angelegenheit zu verhandeln, antwortete Lampson, er glaube nicht, daß Großbritannien zur Zeit in der Lage sei, mehr zu unternehmen.

In der Antwort auf eine andere Frage erklärte Lampson, es sei von einer isolierten Zurückziehung der britischen Truppen aus dem Rheinland nicht die Rede gewesen und seiner Ansicht nach würde unter den gegenwärtigen Umständen eine derartige Zurückziehung keinerlei Vorteile zeitigen. Eine allgemeine Räumung vor der vom Friedensvertrag vorgesehenen Zeit könne nur das Ergebnis einer Vereinbarung zwischen den Mächten und der deutschen Regierung sein. Wenn sich eine solche Vereinbarung als möglich erweisen sollte, so werde sie von der englischen Regierung außerordentlich begrüßt werden.

Sinrichtung von 30 Aufständischen in Mexiko. Am Sonntag hatten 200 Aufständische Salamanca angegriffen, waren aber mit einem Verlust von 22 Toten zurückgeschlagen worden. Inzwischen erhielten die Regierungstruppen Verstärkungen und nahmen die Verfolgung der Anführer auf. — Wittermeldungen zufolge wurden nunmehr 30 dieser Aufständigen von den Regierungstruppen gefangen genommen und hingerichtet.

Zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Von einer längeren Unterbrechung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen ist wie den Blättern mitgeteilt wird, nicht die Rede. Die Kommission für die Zollformalitäten, welche in Warschau tagt, hat ihre Arbeiten fortgesetzt. Die Kommission über die Nebenfragen wird am 11. Februar ihre Arbeiten wieder aufnehmen. Die Kommission für Veterinärfragen, die ihre Sitzungen in Berlin abgehalten hat, konnte in den letzten Tagen keine Sitzungen abhalten, da der polnische Delegierte nach Genf zu einer Sitzung fahren mußte. Auch diese Kommission wird ihre Arbeiten sobald wieder aufnehmen. Die Valorisierungsfrage wird erst nach den polnischen Wahlen geregelt werden.

Kurze Nachrichten

Die Frage der Kreditbeschaffung der Reichspost. Der Arbeitsausschuss des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung zuerst mit der Frage, in welcher Weise der für die Rechnungsjahre 1928 und 1927 noch ausstehende Kredit von 174 Millionen beschafft werden soll. Dabei wurde die schwierige Lage des Kapitalmarktes ausführlich erörtert, die die Aufnahme einer Auslandsanleihe unmöglich macht und die Unterbringung einer Inlandsanleihe nahegelegt. Diese Angelegenheit wird im Benehmen mit der Reichsbank weiterbehandelt. Der Arbeitsausschuss wandte sich hierauf der Beratung des Voranschlags für 1928 zu.

Tarifkündigung in der Lederbranche. In der Lederwarenbranche ist der Berliner und Offenbacher Tarif gefündigt worden. Es werden etwa 20.000 Arbeiter betroffen.

Beschlagnahme deutscher Zeitungen in Polnisch-Oberschlesien. Auf Anordnung der Polizeidirektion Katowitz wurden sämtliche in Ostoberschlesien in deutscher Sprache erscheinenden Blätter beschlagnahmt und zwar der „Oberschlesische Kurier“, die „Katowitzer Zeitung“ und der „Volkswille“ sowie alle deutschen kleinen Provinzialblätter. Den Grund zu der Beschlagnahme bildet die Veröffentlichung der Wehrkreise, die Korfanty im schlesischen Sejm gehalten hat. Aus demselben Grunde wurde auch die „Polonia“, das Organ Korfantis, beschlagnahmt.

Bauauftrag von vier englischen Unterseebooten. Die Firma Bickers Armstrong teilt mit, daß sie von der britischen Admiralität einen Auftrag für vier Unterseeboote der „O-Klasse“ erhalten hat.

Das Experiment des Fernsehens über den Ozean ist nach einer New Yorker Meldung erstmals geglückt. Die beobachteten Personen sahen in London vor einem Apparat, der sich „Elektrisches Auge“ nannte.

Badischer Teil

Regierungsbaumeisterprüfung im Hochbaujahr 1928

Die diesjährige Staatsprüfung im Hochbaujahr (Regierungsbaumeisterprüfung) wird nach Maßgabe der hierüber bestehenden allgemeinen Bestimmungen (G. u. V. V. 1914 S. 836) Anfang April beginnen. Die Anmeldungen zu dieser Prüfung sind im Laufe des Monats März beim Finanzministerium einzureichen.

Keine Mittel für die Binger

Der Badische Bingerverband hatte beim Ministerium des Innern um Gewährung einer Beihilfe zur Schiffsbetriebsunterstützung im Weinbau nachgesucht. Darauf ist vom Minister des Innern mitgeteilt worden, daß dem Wunsche der badischen Binger nicht entsprochen werden könne, da Mittel für diesen Zweck nicht zur Verfügung stünden.

Große Genossenschaftsversammlung

Im Restaurant „Ziegler“ in Karlsruhe fand eine große Versammlung aller dem Verband badischer landw. Genossenschaften angeschlossenen Genossenschaften der Kreise Karlsruhe und Baden statt, die sehr stark besucht war. Verbandsauschmittglied Landesökonomierat Schittenhelm, Augustenbergs, eröffnete und leitete die Versammlung und begrüßte die Erschienenen, unter denen sich auch Landrat Bauer, Karlsruhe, befand. Verbandspräsident Reibel sprach über die heutige Lage und entwickelte eingehend das Programm der Genossenschaftsorganisation. Mit großem Interesse nahmen die Genossenschaftler den Bericht über die Entsendung einer Abordnung aller süddeutschen Organisationen zur Reichsregierung in Berlin zwecks Schilderung der großen Notlage der süddeutschen Kleinlandwirtschaft entgegen. Die Vertreter Süddeutschlands, bei denen auch Vertreter des Genossenschaftsverbandes waren, haben die Reichsregierung in allerletzter Stunde um rasche Hilfe gebeten. Dabei kam zum Ausdruck, daß nur solche Maßnahmen getroffen werden, die auch den kleinbäuerlichen Betrieben Süddeutschlands zugute kommen können.

Landwirtschaftsrat Kähler sprach in längeren Ausführungen über landwirtschaftliche und genossenschaftliche Tagesfragen. Er hob die große Bedeutung der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Genossenschaften hervor und stellte unter dem Vorbehalt der Anwesenheit fest, daß nur dann eine Katastrophe für das deutsche Volk vermieden werden kann, wenn es gelingt, raschmöglichst die Landwirtschaft, die Lebensquelle der Volkswirtschaft, wieder rentabel zu machen. Der Verband wird größte Aufmerksamkeit der Lösung der Absetzfrage und der Qualitätsverbesserung schenken. Es ist ganz unmöglich, die Lösung dieser Fragen ohne die Genossenschaften durchzuführen. Nach Schilderung der Geld- und Kreditlage und den Organisationsarbeiten auf dem Gebiete der Milchzeugung, Erfassung und Verteilung und der Viehverwertung schloß der Redner mit dem Wunsche, daß es durch intensive Zusammenarbeit aller Stände der Landwirtschaft gelingen möge, aus deutscher Scholle das deutsche Volk zu ernähren. Direktor Bilger von der Bad. landw. Hauptgenossenschaft sprach kurz und treffend über das gesamte Warengeschäft. In der Aussprache, an der sich u. a. Bankdirektor Kundel und Oberrevisor Hofmann beteiligten, kam das volle Vertrauen der Genossenschaften zu ihrer Organisation zum Ausdruck. Die große Versammlung bot ein Bild einer einzigen geschlossenen Zusammenarbeit.

Gasternversorgung im Wiesental. Die Gemeinden des hinteren Wiesentales, und zwar Schoffheim, Fahrnau, Zell, Hausen und Ahenbach hielten auf dem Rathaus in Zell eine Zusammenkunft ab, um über eine gemeinsame Gasternversorgung zu beraten. Die durch die beiderseitigen Sachverständigen geprüften Vereinbarungen mit dem Gastwerk in Schoffheim sind so weit fortgeschritten, daß die Versammlung den Entschluß faßte, den Zusammenschluß zu einem Gasternverband zu genehmigen und den endgültigen Abschluß den beteiligten Gemeinden zu empfehlen. Das Projekt soll so betrieben werden, daß schon in aller nächster Zeit mit der Ausführung der technischen Arbeiten begonnen werden kann.

Rhein-Schiffahrtsverband Konstanz

Der Arbeitsausschuss des Rhein-Schiffahrtsverbandes Konstanz tagte dieser Tage unter dem Vorsitz des Kommerzienrats Dr. Stiegeler sowie in Anwesenheit von Vertretern von Städten, zahlreichen Korporationen aus Baden, Württemberg, Bayern und Saarland. Der Tätigkeitsbericht verweist auf die im abgelaufenen Jahre erzielten praktischen Fortschritte in der Frage des Projektions eines Großschiffahrtsweges bis zum Bodensee und verweist auf die gewaltige Steigerung des Güterverkehrs auf dem Oberrhein bis nach Basel, was günstige Aussichten für die Verwirklichung der verfolgten Pläne bis zum Bodensee eröffnet. Nach Fertigstellung des Kraftwerkes Niederrhein-Stadt werde der Großschiffahrtsweg auf dem Hochrhein um 10 Kilometer vorläufig verlängert. Dann müsse zunächst die Erstellung eines Umgehungskanals beim Kraftwerk Rheinfelden erfolgen. Im großen und ganzen ständen der Durchführung der ganzen Idee nur künstliche Hindernisse im Wege. Der Bericht bezeichnet es als wünschenswert, daß der gleichzeitige Ausbau der Gesamtstrecke Straßburg-Bodensee vor sich gehe. Die bisherigen Verhandlungen zwischen der badischen und schweizerischen Regierung hätten ein günstiges Ergebnis der Nachprüfungen gehabt.

Oberregierungsbaudirektor Altmaier verwies auf die Forderung der Schweiz, die zunächst die Regulierung der Strecke Straßburg-Basel wünsche. Hinsichtlich des Kraftausbaues der Hochrhein-Strecke Basel-Bodensee seien die Verhandlungen im Gange, ebenso diejenigen für den Abzug der gewonnenen Kräfte.

Aus dem geschäftlichen Teil der Verhandlungen ist hervorzuheben, daß der Voranschlag für 1928 genehmigt wurde. In den Arbeitsausschuss wurden die namhaftesten Persönlichkeiten aus dem Gebiete der Rhein-Schiffahrt, der Wirtschaftsverbände, aber auch der Kommunalbehörden gewählt. 1. Vorsitzender bleibt weiterhin Kommerzienrat Dr. Stiegeler, Konstanz, stellvertretender Vorsitzender Geh. Oberbaurat Professor Dr. Rehbod von der Technischen Hochschule Karlsruhe. Der aus mehr als 100 Mitgliedern bestehende Arbeitsausschuss bildet mehrere Sonderausschüsse, die die einzelnen Fragen bearbeiten. Die diesjährige Hauptversammlung wird in Friedrichshafen abgehalten werden, und zwar als gemeinsame Tagung der süd-deutschen und schweizerischen Schiffahrtsverbände.

Gemeinde-Rundschau

Bürgermeisterwahl in Forstheim. Der Bürgerausschuss wählte am Donnerstag nachmittag den 3. Bürgermeister. Es entfielen auf den Kandidaten Rechtsanwalt Dr. Gearius in Zweibrücken 62 Stimmen und auf den Kandidat Dr. Weiler, Staatsanwalt in Karlsruhe, 32 Stimmen. Dr. Gearius ist damit gewählt. Im Anschluß an die Bürgermeisterwahl genehmigte der Bürgerausschuss noch die Erstellung einer neuen Kanalisation am Kallhardt.

Der Rücktritt des Seidelberger Oberbürgermeisters. Oberbürgermeister Prof. Dr. Walz wird, wie in der Sitzung des Stadtrats bekanntgegeben wurde, noch bis nach Beendigung der Voranschlagsberatungen im Amt bleiben. Da die Beratungen voraussichtlich erst im Mai beendet sein werden, dürfte der Rücktritt des Oberbürgermeisters frühestens in diesem Monat zu erwarten sein.

Aus der Landeshauptstadt

Badisches Landestheater. Sonntag, den 12. Febr. ist die erste Wiederholung der mit so großem Beifall aufgenommenen neu-einstudierten Gounod'schen Oper „Margarethe“. In Szene gesetzt von Otto Krauß, wird das Werk von Rudolf Schwarz musikalisch geleitet. Montag, den 13. Februar findet in der städtischen Festhalle das 7. Sinfonie-Konzert des badischen Landestheaterorchesters mit einer Aufführung von Handels „Samson-Oratorium“ statt. Die Leitung hat Generalmusikdirektor Josef Krips. Die mitwirkenden Solisten sind: Marie Fanz, Magda Strad, Wilhelm Reinwig und Franz Schuster. Chöre: Bachverein und Sing- und Singschor des Landestheaters. Das Konzert beginnt um 20 Uhr. Dienstag, den 14. Februar zum viertenmale Juan Manens vieraktige Oper „Nero und Alce“ unter der musikalischen Leitung von Josef Krips und der Regie von Otto Krauß. Freitag, den 17. Februar, geht als Volksbühnenvorstellung Musorgsky's Oper „Boris Godunow“ in Szene. Musikalische Leitung Josef Krips und szenische Leitung Otto Krauß. Der vierte Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben. Von Samstag, den 18. Februar bis einschli. Dienstag, den 21. Februar findet jeweils als Abendvorstellung ein großes, von Intendant Dr. Waag inszeniertes „Fasnacht-Kabarett“ statt.

VII. Sinfoniekonzert des Badischen Landestheaterorchesters. Ein besonders wertvolles Ereignis verspricht das Programm des VII. Sinfoniekonzertes am nächsten Montag, den 13. Februar: in der städtischen Festhalle gelangt durch den Bachverein sowie durch den Sing- und Singschor des Landestheaters Sändels Oratorium „Samson“ zur Aufführung, eines der schönsten und erregendsten Werke unter den 26 Schöpfungen, die Händel in seiner Londoner Zeit für gemischten Chor schrieb. Neben dem „Messias“ und dem „Judas Makkabäus“ hat der Samson aber auch deshalb so große Bedeutung, weil Händel sich darin der biblisch-dramatischen Form zuwendet und den Inhalt wie eine büßnermäßige Handlung in Akte und Szenen zerlegt. Der musikalische Schwerpunkt liegt natürlich in den gewaltig aufgebauten Chorsparten, doch bietet das Oratorium auch den beteiligten Solisten — Marie Fanz, Magda Strad, Wilhelm Reinwig und Franz Schuster — sehr dankbare Aufgaben. In unseren Tagen einer allgemeinen Handelsrenaissance darf man jedenfalls der von Generalmusikdirektor Josef Krips einstudierten und geleiteten Aufführung mit größtem Interesse entgegensehen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Der hohe Druck über dem Festlande, unter dessen Einfluß wir in den letzten Tagen ziemlich heiteres und vorwiegend trockenes Wetter hatten, ist jetzt soweit nach Süden gerückt, daß die warme Westströmung des nord-europäischen Tiefdruckgebietes nunmehr auch Süddeutschland bis zu den Alpen erreicht hat. Im Gebirge haben die Temperaturen infolge des Wetterumschlages den Gefrierpunkt erreicht und stellenweise überschritten. In der Ebene liegen die Höchsttemperaturen gestern bei 10 Grad. Vor England liegt ein neuer Sturmwind und sorgt für weiteren Nachschub von Barmilch. Voraussage für 11. Februar: Anhaltend mild bei zeitweise aufsteigender westlicher Luftzufuhr, wolfig. Durchzug weiterer Regengebiete, im Gebirge noch zeitweise Schneefälle.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Rehl, 9. Febr. Im Alter von 73 Jahren ist nach langem schweren Leiden im hiesigen Krankenhaus der frühere Redakteur an der „Straßburger Post“, Wilhelm Sebald, gestorben. Vor dem Kriege mußte er wegen Krankheit in den Ruhestand treten und verlegte seinen Wohnsitz nach Rehl. Er war, solange es seine allmählich schwindenden Kräfte erlaubten, Mitarbeiter der „Rehler Zeitung“.

Dr. Marlen, 9. Febr. Vermittelt wird seit 6. Febr. der Gemeinderatsherr Wilhelm Schuß. Am genannten Tage fuhr er unter Mitnahme eines größeren Geldbetrages und unter dem Vorgeben, auf dem Bezirksamt Rehl vorzusprechen zu müssen, mit dem 9 Uhr-Zug weg und ist seitdem nicht zurückgekehrt. Weder seinen Angehörigen noch sonst jemand hat er etwas über seinen Verbleib mitgeteilt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Dr. Bonndorf, 9. Febr. In der Schriftleitung der „Schwarzwälder Zeitung“ ist ein Wechsel eingetreten. Schriftleiter Dipl. Landwirt Walter Bachmeier ist ausgeschieden, um im März nach Kanada zu übersiedeln, wo er eine Farm übernehmen wird. An seine Stelle ist hier Schriftleiter Herrmann Spachholz getreten.

Dr. Rogeln (Amt Waldshut), 9. Febr. Am Faschnachtssonntag kann hier der Altbürgermeister Karl Böhrer mit seiner Ehefrau das Fest der goldenen Hochzeit begehen. Altbürgermeister Böhrer ist der einzige noch in Rogeln lebende Altbürgermeister von 1870/71.

Dr. Stadach, 8. Febr. Das im März 1920 zum ersten Mal in einem umfassenden Kreis von Erörterungen gezeigte und seitdem stets akut gebliebene Problem der Bahnlinienerweiterung Engen-Nenzingen-Stadach, ist durch die Absicht, zwei Bahnen im badischen Hinterland zur Ausführung zu bringen, der Anlaß zu einer Zusammenkunft von Gemeindevorstellern gewesen, die das außerordentlich starke Interesse der Beteiligten erhellte. In der Diskussion, in der auch die Bürgermeister von Engen und Stadach das Wort ergriffen, wurde betont, daß für die Frequenz der neuen Bahn eine Verbindung mit der Bodenseegürtelbahn erforderlich und deshalb unbedingt zu erstreben sei. Es wurde beschlossen, zunächst einmal beim badischen Finanzministerium wegen der Erfüllung der vom Reich gemäß dem Vertrag über den Übergang der Staatsbahn an das Reich von diesem übernommene Verpflichtung vorstellig zu werden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	10. Febr.		9. Febr.	
	Sch.	Reich	Sch.	Reich
Amsterdam 100 G.	168.65	168.99	168.61	169.95
Kopenhagen 100 Kr.	112.19	112.41	112.11	112.33
Italien 100 L.	22.185	22.225	22.165	22.205
London 1 Pf.	20.422	20.462	20.408	20.448
New York 1 D.	4.190	4.198	4.1890	4.1970
Paris 100 Fr.	16.46	16.50	16.45	16.49
Schwiz 100 Fr.	80.58	80.74	80.565	80.725
Wien 100 Schilling	58.985	59.105	58.975	59.095
Prag 100 Kr.	12.17	12.37	12.413	12.433

Samstag der große Tag der Weißen Woche

- Turnschlüpfer schwarz u. weiß... 27-30 **0.48** 31-35 **0.58** 36-42 **0.68**
- Kinderschuhe und Stiefel 18-19 **2.50** 20-22 **2.95** 23-24 **3.75**
- schwarz, braun u. Lackleder
- Kinder-Halbschuhe schwarz, grau oder beige..... 27-30 **4.50** 31-35 **5.50**
- Sohnstiefel Rindbox..... 27-30 **4.90** 31-35 **5.90**
- Spangonschuhe Boxkalf und Lackleder..... 27-30 **6.50** 31-35 **7.50**
- Braunspangonschuhe m. Crepsohl. 27-30 **9.75** 31-35 **10.75** 36-42 **11.75**

Damenschuhe für Straße, Sport und Gesellschaft

Feintarbig u. Lack in viel. Ausführungen	Chevreaux in rot und blau	Lackleder	Rindbox	R'Chevreaux
11.75	8.75	7.50	5.90	4.90

Herrn-Halbschuhe- u. Stiefel Crepsohl. Sportstief. Wildleder Lackleder Rindbox **12.50 12.50 11.50 10.50 8.75**

Karneval-Schuhe 8.50 7.90 4.75

Haus-Schuhe auf Tischen ausgelegt

Fantastische in vielen Farben	Püsch- u. Steppschuhe	Ledersohlen u. Einfaß.	Kragenschuhe sehr bequem	Niedertreter Cordelsohlen
2.75	1.95	1.25	0.95	0.78

Jugendliche Mäntel

- Frühjahrs-Mäntel Sheiland..... **16.75**
- Frühjahrs-Mäntel, panamaartiges Gewebe..... **24.50**
- Frühjahrs-Mäntel ganz auf Futter **29.75**
- Frühjahrs-Mäntel, Kasha..... **36.00**
- Regen-Mäntel, # Stoffe..... **12.75**
- Regen-Mäntel, kar. Kunstseide.. **18.75**
- Regen-Mäntel, Raglan, karierte Seide..... **23.75**
- Regen-Mäntel, Bemberg-Seide.. **36.75**
- Damast-Mäntel, schwarz..... **25.50**



Alemannen-Strandfest

Frohe Stunden am Neckar am 25. Februar 1928, in den hervorragend geschmückten Räumen der Stadt. Festhalle

Eintrittspreis: Mitglieder Mk. 2.70, zuzügl. Steuer und Einlaßgebühr Nichtmitglieder Mk. 4.70, zuzügl. Steuer und Einlaßgebühr Abendkasse Mk. 5.50, zuzügl. Steuer und Einlaßgebühr

Vorverkauf: Mitglieder Gerber & Schawinsky, Kaiserstraße 221, Studierende: Juwelier Meier, Kaiserstraße 117, Musikhaus Müller, Kaiserstr., Zigarrenhaus Weil, Kaiserstraße 247, Zigarrenhaus Bekir, Karlstraße 15, Zigarrenhaus Holz, Karlstraße 64, Papierwarenhauseiseler, Werderplatz

Konkursverfahren. M. 492. Freiburg. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Unterbadisches Hotelwerk und Badischen Gesellschaft m. b. H. in Karlsruhe ist zur Abnahme der Schlussrechnung zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke, zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Verwalters, sowie zur Prüfung einer nachträglich angemeldeten Forderung Schlußtermin bestimmt auf Freitag, den 16. März 1928, mittags 12 Uhr, vor dem

Amtsgericht hier, 1. Stod. Zimmer Nr. 34. Karlsruhe, 4. Febr. 1928. **Geschäftsstelle Bad. Amtsgerichts A 9.**

Freihändiger Eichenstammholz-Verkauf des Forstamts Emmendingen (Fernruf Emm. 390) am Freitag, den 17. d. M., mittags 5 Uhr, 28 km I.-IV. M. in 2 Losen. M. 483. Losverzeichnisse durch das Forstamt.

Eberbach. M. 486. Vereinsregister. Eintrag: „Rath. Hausbauverein“ mit dem Sitz zu Eberbach. Eberbach, 7. Febr. 1928. **Amtsgericht.**

Badisches Landestheater Samstag, 11. Februar 1928 *C 17 Th.-Gem. 1401-1550 und 201-300. Neu einstudiert **Wilhelm Tell** von Schiller In Szene gesetzt von Felix Baumbach Gepler v. d. Trenz Attinghausen Prützer Reitzge Rübeng Schulze Stauffacher

Hunn Schellenberger
Meding Nienschert
Fürst Höder
Toll Dietl
Köffelmann Herz
Kuoini Schneider
Werni Rehrer
Kuoibi Gemmede
Welchthal Dahlen
Baumgarten Graf
Eamen Brand
Friedrich Brand
Reuthold Müller
Harras Kloeble
Stüchi Rehrer
Kronvogt Brand
Steinmetz Ostholt
Gefellen Schmidt-Rehler
Omar
Alter Mann Schulz-Weiden
Ausrüfer Weidner
Landenberger Kuhne
Reiter Rehrer
Gertrud Frauendorfer
Gedwig Nietens
Walter Quaiser
Wilhelm Sonntag
Bertha Biller
Armgard Ermarth
Wechbild Genter
Elsbeth Mibel
Hildegard Ott
Jenny Silber
Eoppi Schneiler
Kunz Ostholt
Wanderer Wischel
Anfang 19 Ende nach 22 1/2
I. Rang und I. Sprechis
5 M.
So. 12. Febr. Margarethe
Im Konzert. Der Herr
No. 13. Febr. Die Journalisten
In der Festhalle: 7. Sinfonie-
Konzert (Samson-Oratorium)

Verschiedenes

Die Steglitzer Schülertragödie

Unter außergewöhnlich starkem Andrang des Publikums hat in Berlin das gerichtliche Nachspiel der Steglitzer Schülertragödie gegen den Oberprimaner Paul Kranz, der angeklagt ist, in Gemeinschaft mit dem verstorbenen Schüler Günther Scheller mit Vorsatz und Überlegung den Kochlehrer Hans Stephan getötet zu haben, begonnen. Die Tat trug sich bekanntlich folgendermaßen zu: Stephan wollte bei Hilde Scheller im Schlafzimmer der Eltern, die von Berlin abwesend waren, Günther Scheller und Kranz sprachen in der Küche reichlich dem Weine zu. Günther erblickte in Stephan seinen Todfeind, während Kranz von Eifersucht erfüllt war. Nach dem Geständnis von Kranz sind sie nach reiflicher Überlegung zu der Ansicht gekommen, daß ein Weiterleben für sie keinen Zweck habe und daß Hilde und Stephan ebenfalls sterben müßten. Als Hilde ihren Liebhaber morgens hinauslassen wollte, drang Günther Scheller mit dem Revolver des Kranz in das Zimmer ein, in dem Stephan hinter einem Bademantel versteckt war und gab zwei Schüsse auf Stephan ab, die diesen töteten, darauf tötete er sich selbst durch eine dritte Kugel. Als Kranz dann den Revolver in die Hand nahm, entwand Hilde und ihre in demselben Augenblick hinzukommende Freundin Ellinar ihm die Waffe. Zu der Verhandlung, die sich voraussichtlich bis Mitte nächster Woche hinziehen wird, sind zahlreiche Sachverständige und Zeugen geladen.

Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Bautzen verurteilte die 36 Jahre alte Maurerwitwe Hulda Frieda Wid geb. Johne wegen Mordes zum Tode. Sie hatte am 31. Juli v. J. ihren drei Wochen alten Sohn mit Morphium vergiftet. Die Mörderin war geständig.

Der Selbstmord des Bankiers Wortmann

Zum Selbstmord des Bankiers Robert Wortmann, Vizepräsident der Wiener Börse und Chef des Wiener Bankhauses Nagel & Wortmann, erfahren die Blätter, daß Wortmann infolge verfehlter Spekulationen in Aktien der Friedrich Krupp A.-G. Verdorf die Depots seiner Kunden angegriffen und Effekten im Wert von etwa 7 Millionen Schilling veruntreut haben soll. Der Verband der österreichischen Banken und Bankiers trat in späterer Nachtzeit zu einer Sitzung zusammen, um Maßnahmen zu beraten, durch die die Wiener Börse vor den Folgen des katastrophalen Zusammenbruchs bewahrt bleiben soll. Der Selbstmord erregt in Österreich das größte Aufsehen. Wortmann hat vor seinem Tode veruntreute Beträge im Werte von etwa 100 000 Dollar als Hypotheken auf seiner Häuser sicher gestellt.

Schwere Unwetterschäden in Norwegen

26 Meilen von Bergen entfernt erfolgte ein großer Erdbeben, der die Eisenbahnverbindung Oslo-Bergen unterbrach. Weitere Erdstöße zerstörten viele Brücken der Eisenbahnlinie. Auf dem Hochplateau sind große Schneemassen niedergegangen. Die Bahnverbindung mit Bergen ist unterbrochen. Auch der südliche Teil Norwegens wurde von einem starken Sturm heimgesucht. Hier sind ebenfalls an verschiedenen Stellen Erdstöße eingetreten. In der Gemeinde Valenstrand wurden heute durch einen großen Erdstöße zwei Wohnhäuser und eine Reihe kleinerer Gebäude zerstört. Der Besitzer eines Hauses, seine Frau und drei Kinder sind wahrscheinlich umgekommen. An der Küste laufen Nachrichten über verschiedene Schiffsunfälle ein.

Geulankener Dampfer. Bei Surabaja (Java) ist ein niederländischer Regierungsdampfer untergegangen. Von 39 Mann Besatzung sind 9 ertrunken.

17 Personen bei einem Straßenbahnunglück getötet

Havas meldet aus Dielenhofen: Heute Abend hat sich in der Gegend von Dielenhofen ein Teil eines Straßenbahnzuges der Straßenbahngesellschaft Nord etorraine losgelöst und ist mit einem von Gahange kommenden Straßenbahnwagen an einer Überführung zusammengestoßen. Das Unglück forderte 17 Tote und 34 Verletzte.

Drei Skifahrer von einer Lawine getötet

Wie aus Zürs (Vorarlberg) gemeldet wird, ging am Donnerstag am Nordhang des Triftkopfes bei Zürs eine große Lawine nieder, wodurch vier Skifahrer, und zwar Werner Meyer und seine Frau aus Hamburg, Fräulein Leni Moritz aus Hamburg und Walter Kuehly aus Halberstadt verschüttet wurden. Die genannten Personen waren ohne Führer und wurden während einer Rast von der Lawine mitgerissen. Werner Meyer arbeitete sich selbst aus der Lawine heraus, während die anderen drei Personen nur als Leichen geborgen werden konnten.

Staatsanzeiger

Regierungsbaumeisterprüfung im Hochbaujahr 1928.

Die Anmeldungen zur diesjährigen Regierungsbaumeisterprüfung im Hochbaujahr sind spätestens bis Ende März 1928 mit den nach § 8 Absatz 1 der landesherrenlichen Verordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1914 (G. u. V. Bl. 1914 S. 236) bezeichneten Nachweisen und Angaben beim Finanzministerium einzureichen.

Karlsruhe, den 8. Februar 1928.
Der Finanzminister
J. B. Sammet.

Aretz & Cie. Inhaber: A. Fackler

Kaiserstraße 215 Telephon 219
Abteilung I: Sämtliche Gummiwaren und Krankenpflegeartikel, Gummikurzwaren, Damenbed., Hygienische Artikel, Herrenbed.
Abteilung II: Technische Gummi- und Asbestwaren, Treibriemenlager und Bedarfsartikel für Maschinenbetrieb.
Großverkauf 46 Kleinverkauf

Singer-Nähmaschinen

Erleichterte Zahlungsbedingungen
Ersatzteile — Nadeln — Öl — Garn
Reparaturen 143
Singer Nähmaschinen Aktiengesellschaft
Kaiserstr. 205 KARLSRUHE Werderplatz 42

Möbel und Polsterwaren

prima Qualitäten
schöne Modelle, nur gute Verarbeitung kaufen
Sie am besten und billigsten im
Möbelhaus SEITER
Waldstraße 7, bei der Beamtenbank 49

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

offizielles Organ der badischen Regierung
Über den ganzen Freistaat Baden verbreitet
Von sämtlichen Staats- und Gemeindebeamten,
In Industrie-, Handels- und Gewerbezweigen gelesen
Anzeigen aus Industrie,
Handel und Gewerbe
sind deshalb von ganz
besonderer Wirkung
Geschäftsstelle:
Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14
Telephon 952, 953, 954

Küppersbusch-Herde für Gas, Kohle, Komb.
Junker & Ruh- Gasherde, Öfen
Immerbrand Grudeherde und Öfen

Vertretung und Lager Amalienstraße 7
Karl Fr. Alex. Müller
Telephon 1284 Gegründet 1890
Günstige Zahlungsbedingungen
Eigene Reparaturwerkstätte. Fachgem. Aufstellen
Ratenkaufabkommen der Badischen Beamtenbank

Das
gute Bild
die geschmackvolle Photo- und Bilder-
Einrahmung
finden Sie in größt. Auswahl im Spezialgeschäft
E. BÜCHLE INH.
W. BERTSCH
Kaiserstr. 132 — Gartensaal Padewet-Geigenhaus 41

Badisches Landestheater

Spielplan vom 12. Februar bis 21. Februar 1928
a) Im Landestheater:
Sonntag, 12. Febr. * E 17. Margarethe. Oper von Gounod. 18½ bis nach 22. (8.—)
Montag, 13. Febr. 6. Vorstellung der Schülermiete: Die Journalisten. Lustspiel von Freytag. Plätze vom 2. Rang an aufwärts sind für den allgemeinen Verkauf freigegeben. 18½ bis nach 21. (5.—)
Dienstag, 14. Febr. * B 17. Nero und Alte. Oper von Wagner. 19½ bis 22¼. (7.—)
Mittwoch, 15. Febr. * A 18. Th.-Gem. 601—700 und 801 bis 900. Zum ersten Mal: Seitensprünge. Vier Einakter von Kurt Goeck. 20—22. (5.—)
Donnerstag, 16. Febr. Geschlossene Vorstellung für die an Opfern zur Entlassung kommenden Volkshüter: Wilhelm Tell. Schauspiel von Schiller. 18 bis nach 21¼.
Freitag, 17. Febr. Volkstheater 6. Boris Godunow. Musikalisches Volksdrama von Musorgski. Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben. 19½ bis gegen 22¼. (7.—)
Samstag, 18. Febr. Außer Miete. (Erstes Vorrecht Miete B.) Fastnacht-Kabarett (Bunte Bühne). 19¼—22¼. (8.—)
Sonntag, 19. Febr. 4. Vorstellung der Sonderniete für Auswärtige: Der Vogelhändler. Operette von Jeller. 15 bis gegen 18. (4.—) Abends: Außer Miete. (Erstes Vorrecht Miete C.) Fastnacht-Kabarett (Bunte Bühne). 19¼—22¼. (9.—)
Montag, 20. Febr. Außer Miete. (Erstes Vorrecht Miete D.) Fastnacht-Kabarett (Bunte Bühne). 19¼—22¼. (8.—)
Dienstag, 21. Febr. Vormittags: Nag und Morik. Ein Uebentück nach Busch von Günther. Hierauf: Die Puppenfee. Ballet von Waber. 11 bis nach 13. (3.—) Abends: Außer Miete. (Erstes Vorrecht Miete E.) Fastnacht-Kabarett (Bunte Bühne). 19¼—22¼. (8.—)

b) Im Städt. Konzerthaus:
Sonntag, 12. Febr. * Der Veger. Kriminalstück von Wallace. 19½ bis 22. (4.—)
Sonntag, 19. Febr. Keine Vorstellung wegen des Fastnacht-Kabarettis im Landestheater.

c) In der städtischen Festhalle:
Montag, 13. Febr. Th.-Gem. 1. S.-Gr., 701—800 und 1201 bis 1400. 7. Sinfonie-Konzert. Gänbel: Samson-Oratorium. 20 bis 22. (4.—)

Umtausch für Inhaber von Blöckchen Samstag nachmittags 15¼—17 Uhr. — Bei Vorstellungen außer Miete Vorrecht der Platzmiete mit 15 Proz. Nachlaß auf die Tagespreise Samstag vormittags 9¼—12 Uhr. Die im Wochenplan genannten Abteilungen haben das erste Vorrecht, die übrigen von 10 Uhr ab. Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.

Kartenververkauf: Vorverkaufskasse des Badischen Landestheaters. Tel. 6288. In der Stadt: Hauptverkaufsstellen: Musikalienhandlung Fris Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, Tel. 388, und Auskunftsstelle des Verkehrsvereins, Kaiserstr. 159 (Eingang Ritterstr.), Tel. 1420. — Weitere Verkaufsstellen: Zigarrenhandlung Fr. Brunner, Kaiserallee 28, Tel. 4351 und Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48, Tel. 503.

Oetzel's
Möbel-Fabriklager
im ALTEN BAHNHOF KARLSRUHE ist in
Qualität und billigem Preis
führend. 5151
Ratenkaufabkommen — 10 Jahre Garantie.

Spezialgeschäft Solinger Stahlwaren
Alpaca- und Silberbestecke
Geschenkartikel
Feinschleiferei
und Reparaturwerkstätte
Geschw. Schmid
Kaiserstraße 88 (Nähe Marktplatz) 53
Filiale Waldstraße 46 (zwischen Amalien- und Sofienstraße)

TRIUMPH
die zuverlässigste und beste
SCHREIBMASCHINE
von Behörden u. Bürgermeisterämtern
bevorzugt. 42
Georg Mappes
Karlsruhe
Karl-Friedrich-Straße 20
Telephon 2264

Vorteilhaft speisen Sie in der
Reform-Gaststätte
Kaiserstraße 56 Telephon 3357
Mäßige Preise! 144 Kein Trinkzwang!
Essen zu 80 Rpf. und 1 Rm.
Große Auswahl in feinen Mehl-, Eierspeisen und Gemüsen.

Kokos-Fuß-
MATTEN
allzu billig, sind unvorteilhaft, weil Qualitäts-Matten
nicht viel mehr kosten und immer eine Zierde des
Hauses bleiben. Extra schwere Doppel-Matten
Stück 2,75, 2, 1 RM. im Spezialhaus
RIES
Ecke Friedrichsplatz 7 113

Die neuesten Modelle in
MÖBEL
finden Sie in gediegener Ausführung sehr billig bei
Carl Thome & Co.
Möbelhaus — Karlsruhe 45
Herrenstraße 23 gegenüber der Reichsbank
Im Ratenkaufabkommen der Bad. Beamtenbank

Der Auftakt zur neuen Saison
2 Sonder-Angebote: 29⁵⁰ RM. Anzüge und Mäntel 44⁰⁰ RM. la Sportanzüge mit 2 Hosen
ALFRED HIRSCHEN'S KONFEKTION AM LUDWIGSPLATZ

Druck G. Braun, Karlsruhe